

Veranstaltungsprogramm

Präsentationen mit dem Text „leemann“

SIMPOSIO 14: Selektionsprozesse auf dem Weg ins Gymnasium: Governance, Rechtfertigungen, Umsetzungen und deren Bedeutung für die Bildungschancen Jugendlicher

Zeit: 26.06.2024: 15:00-16:30 · Ort: B-1.002

Selektionsprozesse auf dem Weg ins Gymnasium: Governance, Rechtfertigungen, Umsetzungen und deren Bedeutung für die Bildungschancen Jugendlicher

Chair(s): **Sandra Hafner** (Pädagogische Hochschule FHNW, Schweiz), **Sara Landolt** (Geographisches Institut, Universität Zürich), **Regula Julia Leemann** (Pädagogische Hochschule FHNW, Schweiz); sandra.hafner@fhnw.ch

Diskutant(en): **Katharina Maag Merki** (Institut für Erziehungswissenschaften, Universität Zürich); kmaag@ife.uzh.ch

In der Schweiz gilt das Gymnasium trotz der Institutionalisierung alternativer Hochschulzugangswege als «Königsweg» zur Universität. Aufgrund bildungspolitischer Bestrebungen, die Gymnasialquote mittels verschiedener Verfahren und Instrumente tief zu halten, ist der Gymnasialzugang allerdings bezüglich Leistung und Herkunft sehr selektiv und (re-)produziert ungleiche Bildungschancen. In gewissen Kantonen ist der Übergang ins sogenannte Langzeitgymnasium direkt nach der Primarstufe möglich. In anderen Kantonen sind auf Sekundarstufe I progymnasiale oder andere Leistungszüge mit hohen Anforderungen institutionalisiert, die ins Kurzzeitgymnasium führen. Deshalb ist es für Jugendliche mit Gymnasialaspirationen hochrelevant, in welches Anforderungsniveau der Sekundarstufe I sie selektiert werden.

Im föderalistischen Bildungssystem der Schweiz sind die Selektionsverfahren an diesen Übergängen (z.B. Prüfung, Empfehlung der Lehrperson) und -kriterien (Noten, Sozialverhalten etc.) sowohl kantonal als mancherorts auch kommunal unterschiedlich. Ebenso differieren die Kantone und Gemeinden in den Strukturen und Angeboten des kantonalen Bildungssystems sowie der sozio-ökonomischen Zusammensetzung der Bevölkerung. So etwa bedeutet ein hoher Anteil akademisch gebildeter Eltern in urbanen Gebieten, dass mehr Familien für ihre Kinder ein Gymnasium anstreben. Im Weiteren variiert das Prestige des Gymnasiums im Vergleich zur Berufsbildung je nach regionaler Kultur und Wirtschaftsstruktur. Die Heterogenität der Selektionsverfahren am Übergang in die Sekundarstufe I im Allgemeinen sowie ins Gymnasium im Speziellen wirft Fragen nach Bildungsgerechtigkeit und den Ursachen der sozial ungleichen Zugangschancen ins Gymnasium auf.

Das Symposium fokussiert anhand dreier Forschungsbeiträge auf die Regelungen und Folgen der Selektionsprozesse an diesen beiden Übergängen. Die Beiträge des Symposiums untersuchen für ausgewählte Kantone die Selektionsverfahren, -kriterien und Instrumente wie auch die bildungspolitischen und pädagogischen Begründungen. Sie analysieren die Erfahrungen und Motive der involvierten Akteur*innen – Verantwortliche der Bildungspolitik, Schulleitungen, Lehrpersonen, Schüler:innen und Eltern. Im Zentrum steht die Frage der ungleichen Bildungschancen – sei es als Folge der beschriebenen Selektionsprozesse oder als Rechtfertigungsargument für oder gegen bestimmte Selektionsverfahren im politischen und pädagogischen Diskurs.

Die drei qualitativ angelegten Forschungsbeiträge betrachten diese Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven:

- Beitrag 1 untersucht parlamentarische Verhandlungen in zwei Kantonen zur Frage, wie die 'richtigen' und die 'richtige Anzahl' an Jugendlichen fürs Gymnasium selektioniert werden kann.
- Beitrag 2 untersucht den Übergang Primarstufe-Sekundarstufe I und zeigt anhand drei kantonalen Fallstudien, wie a) ein Selektionsverfahren gerechtfertigt und umgesetzt wird, das keine fixen Notenkriterien hat und b) welche Bedeutung dem Argument der (un)gleichen Bildungschancen in diesem Verfahren zugeschrieben wird.
- Beitrag 3 untersucht ethnografisch den Übergang von der Primarschule ins Langzeitgymnasium in der Stadt Zürich. Anhand von vier ausgewählten Fällen wird gezeigt, wie in einem Selektionsverfahren, das auf einer Kombination von Vornoten und zentraler Aufnahmeprüfung sowie einer mehrmonatigen Probezeit am Gymnasium beruht, die sozio-ökonomische und kulturelle Herkunft eines Kindes zu ungleichen Bildungschancen führen kann.

Die Beiträge eröffnen eine Diskussion über Selektionsprozesse, deren Rechtfertigung und Umsetzung, kantonale Unterschiede und deren Bedeutung für die Bildungschancen Jugendlicher.

Beiträge des Symposiums

Bildungspolitische Steuerung des Zugangs zum Gymnasium in zwei Kantonen – Ein Untersuchung der parlamentarischen Verhandlungen zu den Regelungen, um die 'richtigen' und die 'richtige' Anzahl von Schüler:innen zu selektionieren

Regula Julia Leemann

Institut Sekundarstufe I&II, Pädagogische Hochschule FHNW, Schweiz

In der Schweiz wird im politischen, wissenschaftlichen und medialen Diskurs immer wieder die Frage aufgeworfen, ob ein fairer und chancengerechter Zugang zum Gymnasium gewährleistet ist, und ob die Anzahl Gymnasiast:innen angemessen ist. Angesichts dem kantonal sehr unterschiedlichen Angebot an Ausbildungsplätzen im Gymnasium und den heterogenen Zulassungsregelungen interessiert, wie die für die bildungspolitische Governance verantwortlichen Akteure – die Volksvertreter im Parlament – diese Frage diskutieren und beurteilen. Der Beitrag wendet sich damit dem bisher in der Forschung weitgehend vernachlässigten Ort zu, an dem über diese Steuerungsmechanismen verhandelt und entschieden wird – dem gesetzgebenden kantonalen Parlament.

Ziel des Beitrags ist zu untersuchen, wie Politiker:innen verschiedener Parteien die kantonal implementierten Angebotsstrukturen und Selektionsinstrumente bewerten, kritisieren oder verteidigen, welche Massnahmen und Reformen sie fordern oder ablehnen, und wie sie dies begründen. Die Analysen orientieren sich theoretisch am Ansatz der Soziologie der Konventionen. Wir gehen von der Annahme aus, dass sich die Parlamentarier:innen bei der Begründung ihrer politischen Positionen auf eine begrenzte Zahl von Rechtfertigungsordnungen stützen – sogenannte Konventionen –, die sich in liberal-demokratischen Gesellschaften in einem historischen Prozess als glaubwürdig, vernünftig und moralisch gerechtfertigt etabliert haben. Diese Konventionen sind immer einem Gemeinwohl verpflichtet – u.a. der Effizienz, Funktionalität und Planungssicherheit, der Chancengleichheit und Unparteilichkeit, dem Wettbewerb zur Selektion der Besten. Sie helfen Ordnung in Handlungssituationen zu bringen, in denen sich die Akteure koordinieren und zu einer Einigung oder einer Entscheidung kommen müssen.

Da Situationen meist durch eine Pluralität von Konventionen gekennzeichnet sind, treffen unterschiedliche Interpretationen aufeinander, die Geltung beanspruchen. Wir unterscheiden zwei Situationen von Disputen, in denen zur Klärung eine Realitätsprüfung ins Spiel kommt. Zum einen nehmen wir an, dass die Governance des Zugangs zum Gymnasium *innerhalb* einer Wertordnung in den Registern der Gerechtigkeit und Angemessenheit qualifiziert wird: Inwiefern ist die Erreichung des spezifischen Gemeinwohls garantiert? Zum anderen können aber auch *zwischen* Wertordnungen Kontroversen entstehen: Welche Rechtfertigungsordnung ist gerecht und angemessen?

In einem Fallstudien-Design werden zwei Kantone verglichen, die sich in Bezug auf ihre Governance-Mechanismen unterscheiden. Die Daten beruhen auf Dokumenten (Zeitraum 2000-2020: insbesondere bildungspolitische Vorstösse, Protokolle der Plenarversammlungen) sowie auf zwei Interviews mit Vertretern der Verwaltung. Im Kanton A prüfen alle Parteien innerhalb einer Wertordnung wiederkehrend die Funktionalität der Bildungswege, die eine verlässliche Planung der Bildungsangebote und ein effizientes Arbeiten in den einzelnen Schultypen ermöglichen sollen. Reformen zielen auf ein geordnetes und frühes Tracking ins Gymnasium, was im Ergebnis soziale Ungleichheit befördert. Im Kanton B kommt es zu einem Disput zwischen Wertordnungen. Von linken Politiker:innen wird wiederholt die fehlende Chancengerechtigkeit der Aufnahmeprüfung als Steuerungsinstrument angeprangert, da sie Kinder aus sozial schwachen Familien

benachteilige. Die Vertreter:innen rechter Parteien leugnen die Tatsache ungleicher familiärer Unterstützung, fordern Wettbewerb und beharren darauf, dass eine Abschaffung der Aufnahmeprüfung es verunmöglichen würde, die angestrebte Maximalquote von Gymnasiast:innen einzuhalten.

Bibliografie

Boltanski, L., & Thévenot, L. (2006). *On justification: Economies of worth*. Princeton: Princeton University Press.

Dale, R., & Parreira do Amaral, M. (2015). Discursive and institutional opportunity structures in the governance of educational trajectories. In M Parreira do Amaral, R Dale & P Loncle (eds), *Shaping the futures of young Europeans: Education governance in eight European countries* (S. 23–41). Oxford: Symposium Books.

Leemann, R.J., Pfeifer Brändli, A., & Imdorf, C. (2022). Access to baccalaureate school in Switzerland: Regional variance of institutional conditions and its consequences for educational inequalities. *Education Sciences* 12, Article 213.

Patriotta, G., Gond, J., & Schultz, F. (2011). Maintaining legitimacy: Controversies, orders of worth, and public justifications. *Journal of Management Studies* 48(8), 1804–1836.

Selektion ohne Notenkriterien? Bewertungsprinzipien und Gerechtigkeitsvorstellungen am Übergang in die Sekundarstufe I

Sandra Hafner

Pädagogische Hochschule FHNW, Schweiz

In vielen Kantonen der Schweiz werden Kinder nach der Primarschule in unterschiedlich anspruchsvolle Leistungstracks der Sekundarstufe I selektioniert, meist anhand einer Zuweisung durch die Primarlehrperson. Diese Leistungstracks stellen unterschiedlich vorteilhafte Lernmilieus dar, und während anforderungsreiche Tracks auf das sozial prestigereiche Gymnasium vorbereiten, sind leistungstiefere Tracks stigmatisiert und die Aussicht auf eine Lehrstelle unsicher. Deshalb hat der Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe I eine hohe Bedeutung für die weitere Bildungslaufbahn und damit die Bildungschancen Jugendlicher. Zuweisungen in – insbesondere anforderungstiefe – Leistungstracks müssen daher von der Lehrperson gerechtfertigt werden. Obwohl die Übertrittsverfahren und -kriterien kantonal variieren, dienen häufig Schulnoten als zentrale Legitimationsgrundlage für die Zuweisung in entsprechende Leistungstracks.

Dieser Beitrag fragt danach, wie beteiligte Akteur:innen ein Übertrittsverfahren bewältigen und rechtfertigen, bei dem es *keine* vom Kanton vorgegebenen Notenkriterien für die Selektion in die Leistungstracks der Sekundarstufe I gibt. Das Fehlen verbindlicher Notenkriterien geht mit Unsicherheit einher, stellt eine hohe Koordinationserfordernis für alle Beteiligten dar, und die Lehrperson muss ihre Zuteilung legitimieren. Solche Situationen lassen sich mit der Soziologie der Konventionen (SdK) analysieren. Sie geht davon aus, dass Akteur:innen sich bei der Bewertung von Schüler:innen und der Rechtfertigung von Zuweisungsempfehlungen und -verfahren auf unterschiedliche Prinzipien, sogenannte Konventionen stützen. Diese haben sich sozialhistorisch etabliert und orientieren sich jeweils an einem Gemeinwohl (z.B. Leistungsfähigkeit in der industriellen Konvention, Chancengerechtigkeit in der staatsbürgerlichen Konvention, Gemeinschaftlichkeit & soziale Passung in der häuslichen Konvention). Entsprechend können unterschiedliche Vorstellungen davon existieren, was ein 'gerechtes' Zuweisungsverfahren oder ein:e gute:r Schüler:in ist.

Datengrundlage sind Fallstudien in drei Kantonen, welche keine Notenkriterien für die Zuteilung in Leistungstracks der Sekundarstufe I vorgeben. Die Daten umfassen elf Interviews mit Vertretungen der Bildungsverwaltung, Schulleitungen und Lehrpersonen sowie kantonale Schulgesetze und weitere Dokumente zum Übertrittsverfahren. Die Analyse erfolgt mit dem konzeptionellen Instrumentarium der SdK.

Die Ergebnisse zeigen, wie Akteur:innen ein Übertrittsverfahren ohne fixe Notenkriterien bewältigen und rechtfertigen: sie distanzieren sich von der Vorstellung, dass Schulnoten ein objektives und gerechtes Mass für die Leistungsfähigkeit Jugendlicher seien und weisen damit das industrielle Bewertungsprinzip zurück. Im Zentrum ihrer Rechtfertigung und Zuweisungslogik steht das Wohl und die Persönlichkeit des einzelnen Kindes, sein familiärer Hintergrund und die soziale Passung zum entsprechenden Leistungstrack der Sekundarstufe I, was auf die häusliche Konvention als Bewertungs- und Gerechtigkeitsprinzip verweist. Mittels Kriterienraster versuchen die Lehrpersonen, die häuslichen Bewertungskriterien mess-, objektivier- und visualisierbar zu machen, um die Zuweisung in einen Leistungstrack gegenüber den Eltern zu rechtfertigen. Sind diese nicht einverstanden, greifen zusätzliche Mechanismen wie standardisierte Leistungsüberprüfungen oder der Beizug höherer Autoritätsinstanzen, die Ausdruck ergänzender oder komplementärer Konventionen sind. Vor dem Hintergrund der beobachteten Mechanismen und Bewertungsprinzipien eröffnen sich angesichts bestehender Forschung zur sozialen Sortierung am Übergang in die Sekundarstufe I Fragen nach Bildungschancen Jugendlicher in Selektionsverfahren an diesem Übergang.

Bibliografie

Angelone, D. (2019). Schereneffekte auf der Sekundarstufe I? Zum Einfluss des Schultyps auf den Leistungszuwachs in Deutsch und Mathematik. *Swiss Journal of Educational Research*, 41(2), 446–466. <https://doi.org/10.24452/sjer.41.2.11>

Boltanski, L., & Thévenot, L. (2007). *Über die Rechtfertigung: Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*. Hamburger Ed.

Hupka-Brunner, S., & Meyer, T. (2021). Effekte von (bildungs-)institutionellen Rahmenbedingungen und familiären sowie individuellen Ressourcen im Jugendalter auf den weiteren schulischen und beruflichen Lebensverlauf. *Zeitschrift für Pädagogik*, 67(6), 703–720. <https://doi.org/10.3262/ZP2105703>

Niederhauser, J., & Hascher, T. (2022). Beurteilung beim Übertritt von der Primar- in die Sekundarstufe I. Eine Analyse von Praxen und Herausforderungen für Lehrpersonen in zwei Schweizer Kantonen. *Swiss Journal of Educational Research*, 44(3), 365–377. <https://doi.org/10.24452/sjer.44.3.6>

Neuenschwander, M. P., Gerber, M., Frank, N., & Rottermann, B. (2012). Übergang in die Sekundarstufe I. In M. P. Neuenschwander, M. Gerber, N. Frank, & B. Rottermann (Hrsg.), *Schule und Beruf* (S. 97–133). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94156-1_5

Wie herkunftsbedingte Ungleichheiten beim Übertritt ans Gymnasium in der Stadt Zürich Bildungschancen beeinflussen

Sara Landolt, Carlotta Reh

Geographisches Institut, Universität Zürich

Wie in etlichen Ländern und entgegen politischer Versprechen, gleiche Bildungschancen für alle Schüler*innen zu fördern, werden im Schweizer Bildungssystem sozio-ökonomische Ungleichheiten reproduziert. So auch beim Übergang in die Sekundarstufe I, bei dem Schüler*innen in den meisten Kantonen auf Sekundarschulzweige mit unterschiedlichen Anforderungsniveaus aufgeteilt werden (Felouzis & Charmillot, 2023).

Dieser Beitrag fokussiert auf den hoch selektiven Übergang am Ende der Primarstufe ans Langzeitgymnasium in der Stadt Zürich. Im Kanton Zürich erfolgt die Selektion bei diesem Übergang anhand von Vornoten (Deutsch und Mathematik) und einer zentralen Aufnahmeprüfung (ZAP) in Deutsch und Mathematik. Ca. 50% von den Schüler*innen, die sich für die ZAP anmelden, bestehen diese, womit jährlich jeweils um die 15% aller Schüler*innen im Kanton Zürich nach der Primarschule an das Langzeitgymnasium wechseln (Kanton Zürich, 2022a). Dabei zeigen sich grosse Unterschiede zwischen den Schulgemeinden; so variierte dieser Wert in der Stadt Zürich zwischen 34% im Schulkreis Zürichberg und 8% in Schwamendingen (Kanton Zürich, 2022a). Dies widerspiegelt auch die sozio-ökonomische Zusammensetzung der Schulkreise, belegt doch Schwamendingen innerhalb der Stadt Zürich die schwächste sozioökonomische Position im Sozialindex, Zürichberg die stärkste (Kanton Zürich, 2022b). Um gut auf die ZAP Vorbereitet zu sein, bieten die städtischen Primarschulen kostenlose, etliche private Anbieterinnen*innen kostenintensive ZAP-Vorbereitungskurse an.

Die Kinder, die das Langzeitgymnasium besuchen dürfen, sind für die Dauer des ersten Semesters nur auf Probe aufgenommen. Diejenigen mit ungenügenden Leistungen müssen dieses daher am Ende dieser Probezeit wieder verlassen. Dies sind jeweils ca. 10% der Schüler*innen im ersten Semester (Kanton Zürich, 2022c).

Mit Rückgriff auf Bourdieus Konzept des sozialen, kulturellen und ökonomischen Kapitals sowie des Feldbegriffs und mittels eines qualitativen Vorgehens fragen wir, *wie* herkunftsbedingte Privilegien und Benachteiligungen von Schüler*innen bei diesem Übergang relevant

werden. Dabei stützen wir uns auf Daten aus einer mehrmonatigen Ethnographie mit sieben Zürcher Sechstklässler*innen aus unterschiedlichen sozioökonomischen Verhältnissen, die die Zweitautor*in während der Monate ihrer Vorbereitung auf die ZAP begleiten durfte. Mit dreien, die die ZAP bestanden, konnte sie die Ethnographie während der ersten Monate am Gymnasium fortsetzen.

Empirisch wird zunächst herausgearbeitet, wie insbesondere ökonomisches und kulturelles Kapital die ZAP-Vorbereitung beeinflussen kann und wie Kinder aus Familien mit wenig ökonomischem und/oder kulturellem Kapital auf z.B. engagierte Lehrpersonen oder kostenlose Vorbereitungskurse angewiesen sind, um diesen Mangel zu kompensieren. Anschließend wenden wir uns dem Langzeitgymnasium selbst zu. Wir zeigen Momente auf, in denen dieses als klassifizierter Bildungsraum fungiert; insbesondere als ein Raum, der für Schüler*innen aus Familien der Ober- und Mittelschicht ausgelegt ist. Gleichzeitig zeigen unsere Daten, dass, wenn Ungleichheit am Gymnasium thematisiert wird, dies nicht primär entlang von Klassenunterschieden geschieht, sondern eher bezüglich Migrationshintergrund und Deutsch als Zweitsprache. Wir schliessen mit der Forderung, dass sich Schulen vermehrt mit klassenbedingten Ungleichheiten auseinandersetzen müssen, denn die Förderung gleicher Bildungschancen für alle Schüler*innen ist ein Recht und keine Gefälligkeit.

Bibliografie

Bauer, I. & Landolt, S. (2022). Studying region, network, fluid, and fire in an educational programme working against social inequalities. *Geoforum*, 136, 11–20. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2022.08.004>

Bildungsdirektion Kanton Zürich (2022a). Bildungsstatistik: Kennzahlen von Schulgemeinden, Schuljahr 2022/2023, <https://pub.bista.zh.ch/de/zahlen-und-fakten/andere/kennzahlen-von-schulgemeinden/vergleich-von-schulgemeinden/>, 22.12.23

Bildungsdirektion Kanton Zürich (2022b). Bildungsstatistik: Sozialindex, <https://pub.bista.zh.ch/de/zahlen-und-fakten/andere/sozialindex/sozialindex/>, 22.12.23

Combet, B. (2019). The institutional dimension of class-based educational decision-making: evidence from regional variation in Switzerland. *Zeitschrift für Soziologie*, 48(4), 301–320. <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2019-0021>

Felouzis, G., & Charmillot, S. (2023). Tracking and educational inequality: a longitudinal analysis of two school reforms in Switzerland. *British Journal of Sociology of Education*, 44(4), 738–763. <https://doi.org/10.1080/01425692.2023.2203359>